

Landtag aktuell

18. November 2010

Sitzung des NÖ Landtages

Sitzung des NÖ Landtages Zwei Aktuelle Stunden

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Strukturelle Maßnahmen zur Verbesserung der finanziellen Lage der Gemeinden Niederösterreichs**“ abgehalten.

Abgeordneter Rupert **D w o r a k** (SP) meinte, den beiden großen NÖ Gemeindevertreterverbänden sei es letzte Woche gelungen, mit der Reduktion der NÖKAS-Umlage alle Gemeinden in Niederösterreich finanziell zu entlasten. Die NÖ Gemeinden seien wichtige wirtschaftliche Faktoren, um auf der einen Seite Aufträge an Unternehmen zu vergeben und auf der anderen Seite Mitarbeiter zu beschäftigen. Aufgrund der wirtschaftlichen Turbulenzen in den letzten Jahren sei es nun notwendig, neue Strukturen für die Gemeinden aufzubauen und eine nachhaltige Finanzierung sicherzustellen. Zudem habe sich die Einnahmen-Ausgaben-Schere der Gemeindefinanzen im Zusammenhang mit den Aufwendungen bei der Pflege und der Kinderbetreuung vergrößert. Aufgabe sei es nun, die Gemeinden auch in

Zukunft als starke Partner für das Land zu erhalten und den Finanzausgleich ab dem Jahr 2013 gemeinsam zu verhandeln.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) erklärte, es sei Tatsache, dass die Zusammenarbeit zwischen Land und Gemeinden sehr gut funktioniere und den Kommunen von Seiten des Landes immer eine Hilfestellung gewährt wurde, wenn dies notwendig war. Alles, was auf lokaler Ebene entschieden werde, sei direkter und effizienter als zentrale Entscheidungen. Dezentralisierung sei ein wichtiger Motor für den Erfolg in einem Land. In Europa würden dezentrale Staaten ein deutlich besseres Wirtschaftswachstum und ein höheres Pro-Kopf-Einkommen verzeichnen als zentral verwaltete Länder. Aktuelle Forschungsergebnisse hätten ergeben, dass kleine Einheiten günstiger wirtschaften als große Kommunen. Das Land spreche sich daher gegen Gemeindezusammenlegungen, Schulzusammenlegungen, Feuerwehrezusammenlegungen und das Schließen von Spitälern aus.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) betonte, vor rund einem Jahr habe man im Landtag eine ähnliche Diskussion geführt wie heute. Trotzdem gebe es im Bereich der Finanzierung der Gemeinden noch immer Handlungsbedarf und die kommenden Finanzausgleichsverhandlungen würden besonders schwierig werden. Gemeinden, Mandatare und Gemeindemitarbeiter seien die ersten Ansprechpartner für die Bevölkerung. Viele Arbeiten wie z. B. die Abfallverordnung würden von den Gemeindebediensteten für das Land oder den Bund gratis erledigt. Er sprach sich dafür aus, die Kinderbetreuungsagenden zu 100 Prozent den Gemeinden zu übergeben und damit Doppelgleisigkeiten abzubauen. Im Gegenzug solle sich das Land Niederösterreich zu 100 Prozent um die Spitäler und das Gesundheitswesen kümmern.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) meinte, dass den BürgerInnen vor Wahlen nicht gesagt worden sei, dass man über die Verhältnisse gelebt habe. Über

das gestern im Nationalrat beschlossene Gesetz betreffend die Prüfung von Kommunen durch den Rechnungshof sei er erfreut, allerdings hätte es ein solches Gesetz bereits zu einem früheren Zeitpunkt geben sollen. Die objektive Beurteilung kommunaler Großprojekte sei eine Maßnahme zur Sanierung der Gemeinden.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) meinte, dass auf Verwaltungsebene kaum mehr ein Sparziel festzumachen sei. Die Gemeinden müssten auch als gestaltende Ebene erhalten bleiben, denn der Kontakt zwischen Bürgermeister und Bevölkerung sei wichtig und stelle eine „gewachsene Kultur“ dar. Abschließend sagte sie, dass auch Präsident Mödlhammer fordere, dass Kindergärten in Gemeindekompetenz übergeben werden.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) betonte, dass man in den Gemeinden dem Budgetvoranschlag 2011 mit Sorge entgegenblicke und man oft das Gefühl habe, dass es zwei Klassen von Gemeinden gebe. Somit gebe es auch in den Gemeinden so etwas wie eine Zwei-Klassen-Medizin; im Hinblick auf letztere plädierte er dafür, sich dafür einzusetzen, dass in Niederösterreich keine Zwei-Klassen-Medizin zu finden sei.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) kritisierte, dass im Rahmen der bisherigen Aktuellen Stunde noch keine konkreten Vorschläge und Ideen vorgebracht worden seien. Er gab zu bedenken, dass die Lebensqualität der Bevölkerung im Vordergrund stehe und nicht mit Füßen getreten werden dürfe. Die Gemeinden hätten die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht verursacht, noch weniger aber hätten dies die Bürgerinnen und Bürger getan.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) distanzierte sich von den Vorwürfen ihres Vorredners, dafür sei die Thematik zu ernst. Sie meinte, dass auch unter einer schwarz-blauen Bundesregierung seinerzeit bei den Schwächeren gespart worden sei, Beispiele hierfür seien etwa die Erhöhung der Rezeptgebühr oder auch

Leistungskürzungen bei den Krankenkassen. Onodi ging auf eine vom Städtebund in Auftrag gegebene Studie ein und erläuterte, dass sich laut dieser Untersuchung die Einnahmen der Gemeinden erst ab 2012 langsam wieder erholen würden und Investitionen künftig kaum aus der eigenen Hand der Kommunen getätigt werden könnten. Man habe die Wahl zwischen niedrigeren Ausgaben und höherer Verschuldung.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) meinte, dass die von Onodi zitierten Daten falsch verwendet und so nicht stimmen würden. Die Gemeinden würden derzeit den positiven Schulterschluss von Ländern und Gemeinden spüren, Niederösterreich habe auch mit Konjunkturpaketen auf die Krise reagiert. Auf die Frage, was die SP unter strukturellen Maßnahmen zwecks Konsolidierung der Gemeindefinanzen verstehe, sprach er die Themen Schulstandortschließungen, Gemeindezusammenlegungen, Abschaffung von Bezirkshauptmannschaften oder auch Schließung von Krankenhäusern mit weniger als 300 Betten an.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) meinte zum Gesundheitssystem, es gebe sehr wohl Bezirke in Niederösterreich, in denen es keine Krankenhäuser gebe. In anderen würden dafür zwei gebaut.

Es folgte eine weitere **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Oben sparen statt drüberfahren - Stoppt die ungerechte Gebührenlawine!**“.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) sagte „Oben sparen statt drüberfahren“ müsse das Gebot der Stunde heißen. Der Bund sei nicht der einzige „Raubritter“, der den Bürgern in die Tasche greife. Der moralische Anspruch auf eine soziale Modellregion sei längst verloren gegangen. Durch die „Grauslichkeiten“ von Bund und Land werde eine durchschnittliche Familie mit 3.500 bis 5.000 Euro zusätzlich belastet.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) sprach von „billigem Populismus“. Die Gebühren seien notwendig, um Verwaltung und Infrastruktur in gutem Ausmaß aufrecht zu erhalten. Die Gebühren bewegten sich nicht im luftleeren Raum, sondern im gesetzlichen Rahmen. Von exorbitanten Gebührenerhöhungen könne man daher nicht sprechen. Die Anhebung der Aufwandsentschädigungen für Gemeindemandatare sei hoch an der Zeit. Die FP sei keine Vertreterin des „kleinen Mannes“ und werde es nie sein.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) betonte, die Bürger müssten von der Finanzmisere verschont werden, weil sie am allerwenigsten dafür könnten. Die Gemeinden müssten mit vorausschauendem Gespür arbeiten.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) erteilte einen Ordnungsruf, weil Klubobmann Waldhäusl die Abgeordneten der anderen Parteien als „Marionetten“ bezeichnete.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) setzte fort, es könne nicht sein, dass Gemeinden ihre maroden Finanzen auf Kosten der Bürger sanierten.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung: Die Grünen treten keineswegs für eine „Gebührenlawine“ ein.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) nannte die Vorwürfe haltlos. Die Kommunalpolitiker würden aus populistischen Gründen schlecht gemacht. Kostendeckende Gebühren seien ein gesetzlicher Auftrag. Die Bürgermeister könnten nicht für die weltweiten Spekulationsgeschäfte verantwortlich gemacht werden. Wo die FP in Gemeinden Verantwortung trage, würden ebenfalls mit deren Zustimmung Gebühren erhöht.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte zur Geschäftsordnung: Die Reihenfolge der Redner dürfe vom Präsidenten nicht so festgelegt werden, dass die VP immer das letzte Wort habe.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) meinte, die VP gehe verantwortungsvoll mit den von den Bürgern übertragenen Aufgaben um. Das Land Niederösterreich sei ein guter Partner für die Gemeinden etwa bei der Trinkwasserversorgung und Abwasserversorgung, aber auch in anderen Bereichen. Das Land Niederösterreich nehme seine Aufgabe, Partner für die Gemeinden zu sein, ernst und setze sie auch in der Praxis um.

Zweiter Präsident Herbert N o w o h r a d s k y (VP) meldete sich zu Wort und zitierte aus der Geschäftsordnung zum Thema Reihenfolge der Redner.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) betonte, es könne nicht sein, dass mit Abgaben an der Börse spekuliert werde. Im Zuge einer Verwaltungsreform seien „wirkliche Einsparungen“ möglich, ohne Leistungen kürzen zu müssen. Das Land habe nur Zukunft, wenn man sich vor allem um die Familien kümmere.

Abgeordneter Mag. Gerhard K a r n e r (VP) vertrat die Ansicht, Huber spiele einen „Moralapostel“.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) kündigte an, dem Klubobmann der VP eine Liste zu übermitteln, die alle VP-Mitglieder anführt, die in den letzten zehn Jahren verurteilt wurden.

Die beiden folgenden Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung (Abgeordnete Erika A d e n s a m e r , VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend **gefährdete Schulstandorte in Wiener Neustadt.**
- Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend **Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes – Sprachförderkurse.**

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) sagte, man solle darüber nachdenken, wo der Föderalismus besser angebracht sei und wo zentrale Strukturen

besser wären. Aus seiner Sicht sei das Bildungswesen ein Thema, wo der Zentralismus besser sei als der Föderalismus. Das Bildungswesen könne nur dann effektiv geführt werden, wenn es zu keiner Verländerung komme. Dies sei nicht nur die Meinung der SP NÖ, sondern auch die vieler Bildungsexperten und Entscheidungsträger.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) nahm zunächst zum Gesetzesantrag betreffend Pflichtschulgesetz Stellung. Man könne der Änderung durchaus zustimmen, weil sei etwa mit den Sprachförderkursen auch ein positives Detail enthalte. Den Resolutionsanträgen der FP bzw. der Abgeordneten Vladyka werde man seitens der Grünen nicht zustimmen. Für die von der VP NÖ geforderten Kompetenzverschiebungen vom Bund zum Land sehe er „weit und breit keine Mehrheiten“.

Es bestehe ein Interesse von vielen Institutionen und Firmen, denen der Erhalt dieser speziellen Schule etwas Wert sei. Der Bund habe in diesem Zusammenhang bereits mehrfach beim Land Niederösterreich vorgefühlt und versucht einen gesicherten Schulbetrieb zu ermöglichen. Zusammen mit den Abgeordneten Petrovic, Krismer-Huber und Enzinger brachte er einen **Antrag** betreffend gefährdeter Schulstandorte in Wiener Neustadt ein.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) meinte, beim Versuch den Schulstandort in Wiener Neustadt zu erhalten, seien verschiedenste Argumente, die nichts miteinander zu tun haben, vermischt worden. Die FP spreche sich generell gegen die Schließung von Schulen aus. Österreich sei kleiner als Bayern und es dürfe in einem so kleinen Land nicht zu neun unterschiedlichen Schulformen kommen. In einem **Resolutionsantrag** gemeinsam mit den Abgeordneten Waldhäusl, Königsberger, Tauchner, Hafenecker und Sulzberger forderte er Deutsch nicht nur als Unterrichtssprache zu bezeichnen, sondern als Schulsprache.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) meinte, fünf Prozent aller Volksschüler in Österreich können dem Unterricht aufgrund mangelnder Sprach- und Kommunikationsfähigkeit nicht folgen. In den Schulklassen gebe es mittlerweile eine hohe sprachliche Heterogenität. In einem **Resolutionsantrag** mit Abgeordnetem Huber verlangte sie die NÖ Schulstarthilfe für alle Schulanfänger in Niederösterreich wieder einzuführen.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) sagte, jeder Abgeordnete, der einen Eid auf die Landesverfassung abgelegt habe, müsse sich zum Föderalismus in Österreich bekennen. Es sei nicht sinnvoll, in jedem Bundesland ein eigenes Bildungssystem mit verschiedenen Bildungsstandards aufzubauen. Alles was das „Wie“ in der Bildungspolitik betreffe, solle vom Bund geregelt werden, das „Wo“ bzw. die Schulstandorte sollen vom Land entschieden werden. Selbstverständlich müsse es auch in Zukunft möglich sein, dass ein Kind einfach einen Schulwechsel innerhalb Österreichs durchführe. Die Grundsatzgesetzgebung in Bildungsfragen müsse Bundessache bleiben, die Ausführungsgesetzgebung müsse bei den Ländern liegen. Aktuell könne das Land aufgrund seiner Kompetenzen jede Schulschließung in Niederösterreich verhindern. Wenn der Bund die Gesamtkompetenz in Bildungsfragen erhalte, verliere das Land automatisch sein Vetorecht. Da der Bund Kleinschulen als Nicht-Ziel definiere, seien langfristig Schulstandorte in Gefahr. Daher müsse die Bildungspolitik Landessache werden.

Die Abstimmung über den Antrag betreffend gefährdete Schulstandorte erfolgte getrennt, der erste Absatz betreffend Übernahme der Struktur wurde mit den Stimmen von VP und FP angenommen. Der zweite Teil betreffend Organisation des Schulwesens wurde mit den Stimmen der VP angenommen. Der Antrag betreffend Sprachförderkurse wurde einstimmig angenommen, die beiden Resolutionsanträge (Deutsch als Schulsprache und NÖ Schulstarthilfe) wurden abgelehnt. Der

Abänderungsantrag wurde nicht ausreichend unterstützt und kam daher nicht zur Abstimmung.

Die nächsten drei Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Bericht über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion im Jahre 2009** (Berichterstatter: Abgeordneter Mag. Gerhard Karner, VP)
- **NÖ landwirtschaftlicher Förderungsfonds; Bericht über die Gebarung und Tätigkeit im Jahre 2009** (Berichterstatter: Abgeordneter Anton Kasser, VP)
- **Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich für das Jahr 2009** (Berichterstatter: Abgeordneter Anton Kasser, VP)

Abgeordneter Benno Sulzberger (FP) hielt u. a. fest, dass bei der Netto-Wertschöpfung ein Minus zu verzeichnen sei und sprach in diesem Zusammenhang von einer „dramatischen Entwicklung“. Zudem meinte er, dass auf Dauer die ländliche Struktur in Niederösterreich nicht aufrechterhalten und der Bauernstand nicht abgesichert werden könne, wobei hier vor allem so genannte „mittlere Betriebe“ betroffen seien. Angesichts der bäuerlichen Einkommen sprach er von einer „prekären Situation“ und brachte zusammen mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** betreffend Reduktion der SV-Beiträge der Bauern wegen erheblicher Einkommenseinbußen ein. Im Anschluss daran brachte Sulzberger - ebenso gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen - einen **Resolutionsantrag** betreffend Einführung einer Weideprämie nach dem Modell anderer Bundesländer ein.

Klubobfrau Dr. Madeleine Petrovic (G) betonte hinsichtlich des Landwirtschaftsförderungsfonds-Bericht, dass selbiger von einer

Steuerberatungskanzlei stamme und darin der „Grüne Faden“ vermisst werden müsse, welcher sich durch den Bericht ziehen sollte. Die Tatsache, dass in Land- und Forstwirtschaft im Einkommensbereich ein Minus von 20 Prozent aufscheine, bezeichnete sie als „dramatisch“, wies allerdings auch darauf hin, dass es im Bio-Landwirtschafts-Bereich einen solchen Einbruch nicht gebe. Infolgedessen forderte Petrovic, künftig alle Förderungen nach dem Bio-Prinzip auszurichten. Zum Thema Eierproduktion und Geflügelhaltung erläuterte die Abgeordnete, dass es in diesem Bereich Kooperationen zwischen Tierschutzvereinen und Betrieben gebe und die Geflügelhaltung infolge dessen über den gesetzlichen Mindeststandards liege, weshalb derartige Kooperationen künftig gefördert werden sollten. Das Thema Tierschutz müsse in den Mittelpunkt gestellt werden, da die KonsumentInnen dies verlangen, auch Gentechnikfreiheit sei von großer Bedeutung. Sie wünsche sich ein Förderwesen, das stärker auf Ökologisierung sowie auf Tier- und KonsumentInnen-Schutz fokussiert sei; Niederösterreich könne hier zum europäischen Spitzenreiter werden, so Petrovic.

Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r (VP) hielt zunächst fest, dass 2009 im Bereich Landwirtschaft ein schwieriges Jahr war. Den „Grünen Bericht“ beurteilte sie als „richtig, wenn er uns auch teilweise nicht gefällt“, da die Produktion sich verringert und der Strukturwandel sich fortgesetzt und da die wirtschaftliche Krise sich auch hier ausgewirkt habe. Auch sie vertrat die Meinung, dass der biologische Landbau in Niederösterreich einen hohen Stellenwert habe. Die Ausgleichszahlungen seien nach wie vor und auch künftig wichtig. Ebenso betonte sie die Leistungen der Landwirtschaft für die Bevölkerung und den Tourismusbereich und sagte, dass in Niederösterreich hochwertige Lebensmittelqualität gewährleistet sei. Bei den geführten Verhandlungen auf EU-Ebene habe der Ansatz Niederösterreichs sich „stark durchgesetzt“. Kurz ging sie auf die im Vorjahr gestartete Aktion „Heimisch

kaufen“, auf die Weinwirtschaft in Niederösterreich sowie auf das Thema Bildung ein. Dem Resolutionsantrag betreffend Reduktion der SV-Beiträge der Bauern wegen erheblicher Einkommenseinbußen der Abgeordneten Sulzberger u. a. werde ihre Fraktion nicht zustimmen.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) kündigte an, dass seine Fraktion den „Grünen Bericht“ ablehnen werde, „weil die Agrarpolitik unterm Strich in eine Richtung geht, die wir nicht wollten“. Täglich würden, so Waldhäusl, sieben Höfe zusperren, und die Agrarpolitik sei inzwischen nach Brüssel „verlagert“ worden. Ein **Resolutionsantrag** gemeinsam mit der Abgeordneten Lembacher fordert eine Auszahlung der Betriebsprämie und Ausgleichszahlung aufgrund einer Vorortkontrolle.

Klubobmann Mag. Günther **L e i c h t f r i e d** (SP) hielt fest, dass seine Fraktion alle drei Berichte zur Kenntnis nehme. Das heiße aber nicht, dass die SP mit der Landwirtschaftspolitik zufrieden sei. Die Zahlen des „Grünen Berichts“ zeigten eine Verstärkung der schlechten Entwicklung. Die kleinstrukturierte, flächendeckende Landschaft gehöre eigentlich der Vergangenheit an. Gleichzeitig würden die materiellen Sorgen der Landwirtschaft immer größer. Es seien eine grundlegende Änderung der Strategie und eine Diskussion über eine Neuordnung der Agrargelder notwendig.

Abgeordneter Josef **B a l b e r** (VP) sagte, der „Grüne Bericht“ sei „besorgniserregend“. Die Milchwirtschaft habe 2009 ein besonderes Tief erlebt. Viele Milchbauern seien zum Aufgeben ihrer Produktion gezwungen gewesen. Milch und Butter dürfen nicht als Lockartikel für Kunden im Handel verschleudert werden.

Abgeordneter Ing. Johann **H o f b a u e r** (VP) betonte, die kürzlich vorgenommene Beanstandung von 10 Prozent der Proben aus Beständen von Waldviertler Karpfenbauern durch Landeshauptmann-Stellvertreter Leitner schade den Bauern

und den Konsumenten. Die Konsumenten wollten Sicherheit und kein pauschales Schlechtmachen.

Der Bericht der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion wurde einstimmig zur Kenntnis genommen, der Bericht des NÖ Landwirtschaftlichen Förderungsfonds wurde gegen die Stimmen der Grünen mit Mehrheit zur Kenntnis genommen und der „Grüne Bericht“ wurde gegen die Stimmen von FP und Grünen mit Mehrheit zur Kenntnis genommen. Die beiden Resolutionsanträge des Abgeordneten Sulzberger u. a. (Sozialversicherung Bauern und Weideprämie) blieben in der Minderheit. Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Waldhäusl und Lembacher (Betriebsprämie und Ausgleichszahlung) wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Franz G r a n d l (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Jagdgesetzes 1974 (NÖ JG).**

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) eröffnete die Debatte: Sie hätte sich eine umfassendere Novelle des Jagdgesetzes erwartet. Die dringlichen Probleme wie der Umgang mit verletzten Tieren sowie verbotene und anachronistische Methoden der Jagd seien in der vorliegenden Novelle nicht enthalten. Die Angst vor vereinzelt Bären und Wölfen sei irrational, die wirklichen Gefahren lägen ganz woanders. Sie wünsche sich größeres Verständnis für Wildtiere aus dem Blickwinkel des Artenschutzes.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) kündigte an, dass seine Fraktion der Änderung des NÖ Jagdgesetzes zustimmen werde.

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) sagte, im Bereich der Jagdgebiete gebe es in einigen Regionen Niederösterreichs auch sehr negative Beispiele. Mit der Änderung des Jagdgesetzes werde sehr klar und deutlich dagegen gehalten. Mit der Änderung werde ein sehr wesentlicher Schritt im Sinne der Jägerschaft gesetzt.

Abgeordneter Ing. Andreas P u m (VP) meinte, das Jagdgesetz sei ein Meilenstein der Waidgerechtigkeit. Es gehe um die Jagd aus Sicht jener, die den Schutz des Wildes im allumfassenden Sinn erledigen. Die Regelung sei eine Vorreiterregelung und bringe ein Mehr an Service für die Jägerinnen und Jäger in Niederösterreich.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Tierzuchtgesetzes 2008 (NÖ TZG 2008)**.

Der Antrag wurde ohne Debatte mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Lebensmittelkontrollgebührengesetz (NÖ LMKGG)**.

Der Antrag wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Abgeordneter Ing. Andreas P u m (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Lembacher u. a. betreffend **Änderung des NÖ Fischereigesetzes 2001 (NÖ FischG 2001)**.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) betonte, dass die Fischerei eine wunderbare Freizeitbeschäftigung sei, die auch sehr viel Naturschutz beinhalte. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) erläuterte, dass aufgrund des Gesetzes Fischereiausübungsberechtigte nach Anmeldung beim Eigentümer nicht frei zugängliche Grundstücke betreten können.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) berichtete, dass aufgrund von Problemen bei der Auslegung der bestehenden gesetzlichen Regelung eine Klarstellung notwendig sei. Sie brachte einen **Abänderungsantrag** ein, der den Satz vorsieht: „Eingezäunte Viehweiden gelten nicht als eingefriedete Grundstücke.“

Der Abänderungsantrag der Abgeordneten Hinterholzer u. a. wurde mit Mehrheit angenommen, ebenso wurde der Hauptantrag mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Franz M o l d (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Bader u. a. betreffend **Änderung des NÖ Hundeabgabegesetzes 1979**.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) betonte, dass für viele ältere Menschen oder auch Alleinstehende der regelmäßige Kontakt mit Haustieren mehr bewirke als eine noch so teure Therapie. Es wäre hoch an der Zeit diese sinnvolle Eigenschaft von Tieren im sozialen Kontext zu würdigen. Darum sollte man auch bei der Hundesteuer darauf achten, dass diese keine übermäßigen Werte annehme.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) vertrat die Ansicht, dass die VP den Wachhunden die Nutzhundeeigenschaft absprechen wolle. Jeder Hund sei ein Wachhund, denn jeder Hund könne durch Bellen Einbrecher vertreiben.

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) stellte zum Hundehaltegesetz fest, dass Hunde nicht in gefährliche und ungefährliche Hunde einteilbar seien.

Er stimme den Änderungen des Gesetzes vollinhaltlich zu, da die Vorlage für die Gemeinden praktikabel sei.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) meinte, es gebe viel zu viele Diskussionen und Kritik zu diesen geringen Veränderungen beim Hundeabgabegesetz. Weiters sprach er sich gegen jene Hundehalter aus, die sich verantwortungslos gegenüber den Mitmenschen verhalten. Weiters diene das Hundeabgabegesetz nicht der Sanierung der Gemeindebudgets, sondern solle das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung steigern.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) erklärte, die Behörde müsse in Zukunft bei gefährlichen Vorfällen mit Hunden schneller reagieren und man dürfe Hundehalter nicht generell kriminalisieren.

Der Antrag wurde mit den Stimmen von SP, VP und Grünen angenommen.

Es folgte eine Debatte über die Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend **Kapitalerhöhung der EVN AG**.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) kritisierte Art und Inhalt der Anfragebeantwortung zur Kapitalerhöhung der EVN. Weiters kritisierte er das „finanzielle Abenteuer der EVN“ in Bulgarien und Mazedonien. Laut e-control verrechne die EVN zu hohe Energiepreise in Niederösterreich im Vergleich zu anderen Energieerzeugern in Österreich, daher sei es legitim, sich über die Preisgestaltung Gedanken zu machen und Ideen zu entwickeln, wie die Bürger entlastet werden können.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) meinte, über Unternehmen, die in großen Teilen im Eigentum des Landes Niederösterreich stehen, müsse es im Landtag regelmäßige Debatten geben dürfen. Es müsse über geplante Kraftwerke, die Pipeline bei Gloggnitz und Windparks mehr diskutiert werden. Das Land und die EVN als Landesunternehmen hätten auch die Klimaschutzziele zu berücksichtigen. Wichtig sei zu wissen, wohin sich die Energieproduktion in Niederösterreich in den nächsten Jahren hin entwickle.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) sagte, eine ausführliche Beantwortung zur Kapitalerhöhung der EVN sei notwendig, da davon rund 91,7 Millionen Euro aus dem Landesbudget kommen. Die Kapitalerhöhung diene vor allem der Erhöhung der Eigenkapitalquote des Konzerns und zum Ausbau der erneuerbaren Energie. Unter anderem sei die Revitalisierung von Kleinkraftwerken geplant. Er brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend Einführung eines Strom-Gas-Bonus für Niederösterreicher mit niedrigem Einkommen ein.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) betonte, die Regierungsmitglieder können bei Anfragebeantwortungen immer nur die Angelegenheiten der Landesvollziehung berücksichtigen. Jene Fragen, welche die

Landesvollziehung betreffen, seien ausreichend und vollständig beantwortet worden. Andere in diesem Zusammenhang gestellte Fragen könnten im Jänner bei der Präsentation des jährlichen Energieberichts gestellt werden. Mit der Kapitalerhöhung bei der EVN habe Niederösterreich seiner Eigentümerverantwortung Rechnung getragen.

Die Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Pröll wurde von SP und VP angenommen. Der Resolutionsantrag wurde abgelehnt.

Als letzter Tagesordnungspunkt wurde die Debatte über die Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Hafenecker an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend **Ausstellung von Mark Rossell auf der Landhausbrücke (3. – 25. November 2010)** abgehalten.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FPÖ) meinte, im Bereich der Kunst könne man auch provozieren. Grenzen seien aber dort, wo Menschen in ihren Gefühlen verletzt werden, wie dies bei der Madonnen-Statue auf der Ausstellungsbrücke passiert sei.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) meinte, die Tätigkeit der Mitarbeiter, die für die Gestaltung der Landhausbrücke verantwortlich sind, verdiene Respekt. Es könne natürlich auch passieren, dass man auch Kunstobjekte findet, die einen nicht immer überzeugen.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) sagte, die Freiheit der Kunst sei in der Verfassung verankert. Jeder Staatsbürger habe das Recht, selbst zu entscheiden, welche Kunstwerke er sich anschaut.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) meinte, die Frage der religiösen Gefühle sei etwas Wichtiges und Bewegendes, die erst den Menschen zum Menschen mache. Die FP heiße auch Freiheitliche Partei, was in der konkreten Politik leider zu wenig berücksichtigt werde. Er führte aus, dass am Landesfeiertag seitens der FP

eine Aktion gesetzt und das Kunstwerk von Mark Rossell angegriffen wurde. Tags darauf sei an dem Kunstwerk eine Sachbeschädigung gemeldet und angezeigt worden. Man müsse, so Mandl, über die Arbeit eines Künstlers zum Nachdenken angeregt werden und es sei wünschenswert, religiöse Gefühle nicht in die Parteipolitik hineinzutragen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, von dem Wort freiheitlich könne man nicht ableiten, dass alles zu dulden sei. Eher sei darüber nachzudenken, ob das Wort christlich im Namen der VP noch einen Grund habe. Die „Schändung der Mutter Gottes“ bezeichnete er als „Scheinheiligkeit“, seine Fraktion wolle wissen, wer hierfür politisch die Verantwortung trage.

Der Antrag, die Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis zu nehmen, wurde gegen die Stimmen der FP, abgelehnt. Der Antrag, die Anfragebeantwortung zur Kenntnis zu nehmen, wurde von VP, SP und Grünen angenommen.

Schluss der Sitzung!